

INTERVIEW

„Schaffen, was Arbeit macht“

Stefan Kooths, Vizechef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, warnt vor der Illusion des „unternehmerischen Staates“. Immer mehr Subventionen und Staatseingriffe, so der Ökonom, schaffen kein Wachstum, sondern Verarmung. Zudem hafte niemand für Fehlentscheidungen



VON ALEXANDER
WENDT

Tichys Einblick: *Die ohnehin schwachen Wachstumsaussichten mussten gerade nach unten korrigiert werden. Verbindet sich die akute Wirtschaftsschwäche mit der langfristigen Verschlechterung der Standortbedingungen zu einem Wohlstandsverlust?*

Stefan Kooths: Konjunktur und Wachstum sollte man auseinanderhalten, um nicht vorschnell aus dem kurzfristigen Geschehen auf strukturelle Ursachen zu schließen. Mit Blick auf die jüngsten Quartalswerte spielen viele temporäre Faktoren eine Rolle, beispielsweise Lieferengpässe, ein ungewöhnlich hoher Krankenstand. Aber auch die Bauwirtschaft steht vor einer sehr harten Zeit. Unabhängig davon spricht aber alles dafür, dass wir auf mittlere und längere Sicht auf niedrigere Wachstumsraten zulaufen als bisher.

Robert Habeck pflegt die Vorstellung, dass der Staat Wachstum mit viel Geld garantieren soll. Kann der Geldregen für eine blühende Wirtschaft sorgen?

Man kann Wirtschaftswachstum nicht herbeisubventionieren. Im Gegenteil, hohe Subventionen werden das Wachstum weiter schwächen. Die staatlichen Mittel dafür müssen von anderen Bereichen der Wirtschaft aufgebracht werden – und das geht nur durch eine Steigerung der Abgabenquote, die in Deutschland schon sehr hoch liegt. Dazu kommen noch staatliche Auflagen für Unternehmen, von Tariftreue bis zu Frauenförderung, deren Einhaltung der Staat fordert. Unternehmen sind in diesem Modell dann immer mehr damit beschäftigt, sich staatliche Zuwendungen genehmigen zu lassen. Habecks Ankündigung, er werde mit

seiner Subventionspolitik einen „gigantischen Beschäftigungsturbo zünden“, passt ohnehin nicht in die Gegenwart.

Weil es bereits an Arbeitskräften fehlt. Exakt. Ankündigungen dieser Art liegt ein grundlegendes Missverständnis zugrunde. Sie stammen noch aus Zeiten der Massenarbeitslosigkeit. Das betrifft übrigens nicht nur die Grünen, auch die CDU warb im letzten Bundestagswahlkampf noch mit dem etwas seltsamen Spruch: „Machen, was Arbeit schafft“. Stattdessen muss der Grundsatz heute lauten: „Schaffen, was Arbeit macht“.

„Wer hier auf massive Staatseingriffe setzt, will jedenfalls keinen Systemwettbewerb, sondern einen Subventionswettbewerb“

Was wäre dafür erforderlich?

Das ist keine Geheimwissenschaft. Dafür gibt es die klassische Angebotspolitik – von einer niedrigeren Abgabenquote bis zu einfacheren Genehmigungsverfahren. Strukturwandel gab es immer, denken wir an die Zeiten, als die Textilindustrie oder die Unterhaltungselektronik hier verschwunden sind. Die Politik von Subventionen und staatlicher Steuerung zäumt das Pferd von hinten auf. Wir wissen, was allgemein gute Standortbedingungen sind. Was wir nicht wissen, ist, mit welchen Produkten wir in zehn Jahren in diesem Land Geld verdienen. Wenn der Staat das entscheiden und lenken will, ist das nicht nur sehr riskant, was die Investitionen selbst betrifft. Die Mittel, die er dazu einsetzt, fehlen auch für andere, standortstärkende Maßnahmen.

Woran denken Sie da?

Zum Beispiel an den Bildungsbereich, vor allem an den Schulen. Dort ist das Leistungsniveau teilweise erschreckend, beispielsweise bei der Lesekompetenz. Wenn der Staat hier investiert, dann wirkt das zwar nicht sofort, aber es kann in zehn bis zwanzig Jahren dazu beitragen, dass sich die Standortbedingungen wieder verbessern.

Transformationspolitiker argumentieren, schon durch die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energien werde künftig der Wohlstand steigen.

Es gibt ja gute Gründe dafür, warum die Industrie sich bisher weltweit so stark auf fossile Brennstoffe ausgerichtet hat: Sie sind sehr günstig zu haben, solange externe Effekte außen vor bleiben. Es ist ein Fehler, bei den erneuerbaren Energien einseitig nur auf die geringen variablen Kosten zu schauen und die sehr hohen Kapitalkosten außer Acht zu lassen. Transformation bedeutet: Der bestehende Kapitalstock wird umgebaut und nicht ein neuer aufgebaut. Und die Arbeitskräfte, die dafür eingesetzt werden, fehlen in anderen Bereichen. Schon deshalb wird aus dem „gigantischen Beschäftigungsprogramm“ keine Wachstumsstory.

Der Transformation liegt ein bestimmtes Gesellschaftsmodell zugrunde: Ihm zufolge soll der Staat nicht nur Regeln setzen, sondern selbst als Unternehmer auftreten. Was halten Sie davon?

Hinter der Idee, der Staat sollte Unternehmer sein und er wäre sogar der bessere Unternehmer, steht eine vom tiefen Misstrauen gegen individuelle Entscheidungen geprägte Denkweise. Wir sehen das beispielsweise in der Debatte über das Heizgesetz: Dort lautet die Argumentation der Befürworter, Immobilienbesitzer müssten vor dem



Stefan Kooths, Vizepräsident des IfW Kiel und Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum

Einbau von Öl- und Gasheizungen geschützt werden, die später zu einer „Kostenfalle“ führen würden. Es leuchtet nicht ein, Menschen, die in der Lage waren, die Entscheidung für eine eigene Immobilie abzuwägen, nicht zuzutruhen, dass sie auch vernünftige Entscheidungen zu ihrer Heizung treffen können. Und so ist es auch bei großen Investitionsentscheidungen: Die Vorstellung vom Staat als Unternehmer ist abwegig, denn auf diesem Gebiet besitzt er gerade keinen Wissensvorsprung vor privaten Entscheidern. Außerdem bedeutet eine staatliche Lenkung von Investitionen, dass dann Leute Entscheidungen treffen, die dafür nie in die Verantwortung genommen werden. Ein solcher Mix ist in der Vergangenheit immer schiefgelaufen. Nichts spricht dafür, dass es diesmal anders sein könnte.

Trotzdem genießt die von Robert Habeck verehrte, in London lehrende Ökonomin Mariana Mazzucato mit ihrer Lehre vom unternehmerischen

Staat große Popularität. Liefert sie das, wonach sich viele Menschen offenbar sehnen: eine starke Macht, die uns auf den richtigen Pfad führt?

Hinter dem, was sie fordert, steht eine sehr schlichte Weltsicht. Erstens geht sie davon aus, dass unsere wirtschaftliche Realität eins zu eins dem neoliberalen Dogma entspricht. In Wirklichkeit sehen wir in Deutschland eine Staatsquote nahe 50 Prozent, in Frankreich sogar eine noch höhere. Wir haben also wirklich keinen Staat, der auf Magerkeit gesetzt ist. Diese Gesellschaftsordnung, die sie als neoliberal ansieht und für viele Krisen der Gegenwart verantwortlich macht, setzt sie in Kontrast zu einer Idealvorstellung von staatlicher Lenkung. Kein Anhänger der Marktwirtschaft behauptet, der Markt würde eine perfekte Welt ohne Krisen und Widersprüche schaffen. Aber er ist eben besser als alle Alternativen. Wenn wir in der Geschichte zurückschauen, hat Marktwirtschaft überall zu mehr Wohlstand geführt. Auch in China hat der

Wohlstand dadurch zugenommen, dass man dort der privaten Initiative Raum gelassen hat. Umgekehrt gibt es weltweit keinen einzigen Fall, in dem das Zurückdrängen der privaten Initiative zu mehr Wohlstand geführt hätte.

Für viele Politiker in der EU gilt das riesige Subventionspaket der Regierung Biden als Vorbild, genauso wie die systematische Förderung bestimmter Branchen in China. Sie argumentieren, hier müsse die EU mit eigenen Programmen antworten.

Diesen Subventionswettbewerb kann man sich eigentlich sparen, denn Gewinner und Verlierer stehen schon fest. Gewinner werden die Partikularinteressen sein, Verlierer das Gemeininteresse. Außerdem fragt sich hier: Wer antwortet eigentlich auf wen? Die EU hat schon das Next-Generation-Programm aufgelegt, zu dem auch erhebliche industriepolitische Fördertöpfe gehören.

Was meinen Sie mit „Partikularinteressen“?

Wir sehen am Beispiel des Chipherstellers Intel, wie er nicht nur hier in Deutschland ein Maximum an Subventionen für sich herausholt, sondern auch in den USA Bundesstaaten gegeneinander ausspielt. Bei diesen Subventionswettkämpfen wird ausgeblendet, dass diese Fördermittel am Ende von anderen bezahlt werden müssen, wodurch der Standort insgesamt geschwächt wird. Industrien, die ihre Kosten nicht selbst am Markt erwirtschaften können, machen die Menschen in Summe nicht reicher, sondern ärmer.

Werden wir dem Wettbewerber eigentlich immer ähnlicher?

Wer hier auf massive Staatseingriffe setzt, will jedenfalls keinen Systemwettbewerb, sondern einen Subventionswettbewerb. Ich sehe mit Sorge, dass die Europäische Union dann, wenn sie alle Staatseingriffe repliziert, die in den USA und in China stattfinden, zum interventionistischsten Wirtschaftsraum der Welt wird. ■